

»Die Impfpflicht als letzte Möglichkeit ist gerechtfertigt«

BIOSKOP-Interview

Die Philosophin und Biologin Sigrid Graumann leitet im Deutschen Ethikrat die Arbeitsgruppe Pandemie. Im Interview mit BIOSKOP-Autorin Martina Keller spricht sie über politische Versäumnisse und nötige nächste Schritte.

»Flucht aus dem Beruf«

Intensivbetten drohen während der Corona-Pandemie mancherorts knapp zu werden. Ob und wie weitere Intensivkapazitäten geschaffen werden können, hat das Science Media Center (SMC) drei Fachleute gefragt. Ihre »Statements« stehen seit Anfang Dezember auf www.sciencecenter.de. Einer der Befragten ist Manuel Wenk, Chefarzt der Klinik für Anästhesiologie und Intensivmedizin des Florence-Nightingale-Krankenhauses Düsseldorf. »Es wird schlichtweg nicht möglich sein, die Intensivkapazitäten durch Schaffung neuer Betten bei gleicher Versorgungsqualität zu erhöhen«, erklärt Wenk, »das dafür notwendige Personal existiert nicht«. Sein Statement benennt auch strukturelle Ursachen der prekären Situation, dazu führt Professor Wenk unter anderem aus: »Die Gesundheitspolitik der letzten Jahre hat durch ihren Ruf nach Ökonomisierung und Druck auf die Krankenhäuser dazu geführt, dass Kliniken gezwungen worden sind, sich betriebswirtschaftlich so aufzustellen, dass sie es oft nur durch massive Sparpolitik und Leistungsverdichtung gerade schaffen, ihren Versorgungsauftrag zu erfüllen. Aufgrund der Fehler des Vergütungssystems war dies in den letzten Jahren eigentlich nur durch eine Sparpolitik im Bereich des Personals möglich. Das hat zu einer erheblichen Erhöhung der Last auf den Schultern des verbliebenen Personals geführt und letztlich – gerade im Bereich der Pflege – zu einer Flucht aus dem Beruf.«

MARTINA KELLER: Noch bis vor kurzem hatten viele Politiker eine allgemeine Impfpflicht ausgeschlossen. Nun hat Olaf Scholz angekündigt, dass sie spätestens ab März 2022 kommen könnte. Was ist davon zu halten?

SIGRID GRAUMANN: Die Impfpflicht als letzte Möglichkeit ist gerechtfertigt, weil wir eine Impfquote von 85 bis 90 Prozent brauchen, um nicht immer wieder in neue Pandemie-Wellen zu geraten. Es ist richtig und auch ehrlich, jetzt darüber zu sprechen. Aber bevor die Impfpflicht kommt, sehe ich noch erheblichen Handlungsbedarf für die Politik.

KELLER: Es gibt also die Chance, der allgemeinen Impfpflicht noch zu entgehen?

GRAUMANN: Ich hoffe sehr, dass es nicht so weit kommt. Man sollte alles dafür tun, um Menschen auf andere Weise zu erreichen und mit Argumenten zu überzeugen. Es gab zum Beispiel in Deutschland bislang keine gute Impfkampagne. Man hat vorwiegend an das individuelle Interesse appelliert: Bitte lassen Sie sich impfen, damit sie sich nicht infizieren und nicht krank werden. Viele jüngere Menschen oder auch Ältere, die sich für gesund halten und keine Angst vor einer Infektion haben, fühlten sich davon nicht angesprochen. Was ganz klar kommuniziert werden müsste: Impfen dient nicht nur dem Schutz der eigenen Gesundheit, sondern wir müssen uns impfen lassen aus Solidarität mit anderen, insbesondere mit den hoch verletzlichen Menschen, aber auch aus Solidarität mit dem Personal, das in den Kliniken arbeitet und im Grunde ausbaden muss, wenn sich dann die Betten mit ungeimpften, schwer erkrankten Personen füllen.

KELLER: Impfskeptiker halten entgegen, dass sich auch Geimpfte infizieren können und auf Intensivstationen liegen.

GRAUMANN: Auf den Intensivstationen liegen weitaus mehr Ungeimpfte als Geimpfte, obwohl die Ungeimpften nur etwa ein Drittel der Bevölkerung ausmachen. In der Regel verlaufen die Infektionen bei einem Impfdurchbruch eher mild. Das Risiko einer wirklich schweren Erkrankung trifft vorwiegend Personen, die vorerkrankt und stark gesundheitlich belastet sind. Aber klar: Impfdurchbrüche gibt es, und die Impfung schützt vor einem schweren Krankheitsverlauf, bietet aber keinen 100-prozentigen

Schutz vor einer Infektion. Deshalb ist es so wichtig, nicht nur auf den Einzelnen zu schauen.

KELLER: Kritiker werten die allgemeine Impfpflicht als massiven Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger.

GRAUMANN: Das ist sie auch, aber sie ist ein gerechtfertigter Eingriff in die persönliche Freiheit, darauf müssen wir immer wieder hinweisen: Wenn ich mich nicht impfen lasse, dann gefährde ich andere, dann greife ich in die Freiheitsrechte anderer ein, weil Schulen geschlossen werden müssen, weil Sportstätten geschlossen werden müssen, weil Restaurants nicht mehr frei zugänglich sind, weil Menschen dann auch nicht arbeiten können. Das sind Freiheits Einschränkungen, die von denjenigen ausgehen, die sich nicht impfen lassen. Freiheitsrechte gelten niemals absolut, sondern sie enden dort, wo die Freiheit anderer ungebührlich beeinträchtigt wird. Das sind Abwägungen, die da getroffen werden müssen, und es kann passieren, dass wir in eine Situation kommen, in der eine allgemeine Impfpflicht zu rechtfertigen ist.

KELLER: Vorerst hat der Deutsche Ethikrat Anfang November empfohlen, eine berufsbezogene Impfpflicht zu prüfen. Was ist damit gemeint?

GRAUMANN: Eine allgemeine Impfpflicht hat der Ethikrat bisher nicht diskutiert. Es geht um eine Impfpflicht in Bereichen, in denen besonders vulnerable Gruppen betreut werden, etwa alte, kranke oder pflegebedürftige Menschen. Das betrifft die Krankenversorgung, aber auch die Langzeitpflege, den Sozialdienst, die Alltagsbegleitung oder die Hauswirtschaft. Wir begründen unseren Vorschlag mit dem Schutz der hoch vulnerablen Gruppen, mit denen die Menschen in diesen Tätigkeitsbereichen arbeiten.

KELLER: Mancherorts gibt es Pflegeheime, in denen nur etwa ein Drittel des Personals geimpft ist. Bislang waren den Leitungen aber die Hände gebunden, sie durften nicht einmal den Impfstatus der Beschäftigten erfragen.

GRAUMANN: Die Möglichkeit haben wir jetzt. Durch die 3-G-Regelung am Arbeitsplatz erfahren die Arbeitgeber, wer geimpft ist und wer nicht und können ihrer Verpflichtung nachkommen. Es geht dabei nicht nur um den Schutz der vulnerablen Gruppen in den genannten Bereichen, sondern um die Fürsorgepflicht gegenüber allen Beschäftigten. Wenn in einem Betrieb eine

► einzelne Person ungeimpft ist, bedeutet das oft ein Riesendrama, weil alle anderen zu Recht Angst bekommen, sich anzustecken. Da ist die Geschäftsführung verpflichtet, Menschen zu schützen, indem solche Kolleginnen oder Kollegen im Home-Office arbeiten oder – sollte das nicht möglich sein – in letzter Konsequenz ohne Bezüge freigestellt werden. Das halte ich für einen extrem wichtigen Schritt.

KELLER: Kritiker sehen das als Einschränkung der informationellen Selbstbestimmung.

GRAUMANN: Das ist eine Güterabwägung. Wären wir nicht in einer Pandemie, würde ich auch sagen: Gesundheitsdaten müssen für die Arbeitgeber absolut tabu bleiben, aber in der Situation sind wir jetzt nicht mehr. Gerade in Kliniken und Heimen muss die informationelle Selbstbestimmung zurückstehen hinter dem Gesundheitsschutz für die vulnerablen Menschen. Und wenn eine Pflegekraft oder eine Ärztin in einer Klinik sich nicht impfen will, dann bedeutet das, dass die Person eben nicht in den Bereichen eingesetzt werden kann, wo sie mit besonders vulnerablen Personen zu tun hat. Wenn es letztlich zu einer Kündigung oder einer Freistellung ohne Bezüge kommt, sind das schwierige arbeitsrechtliche Fragen, aber die Konsequenz können wir nicht vermeiden, und ich halte sie an dem Punkt auch für gerechtfertigt.

KELLER: Der Ton der Auseinandersetzung wird schärfer. Weltärztebund-Präsident Montgomery sprach kürzlich von einer »Tyrannei der Ungeimpften« ...

GRAUMANN: Solche Polemik hilft nicht weiter. Von einer Pandemie der Ungeimpften zu sprechen, ist im Kern aber durchaus richtig. Ich hätte mir von der Ärzteschaft einen entgegenkommenden, freundlicheren Diskurs gewünscht. Zusätzungen helfen vermutlich ebenso wenig wie die Stigmatisierung Einzelner durch die Medien wie kürzlich bei dem ungeimpften Fußballnationalspieler Joshua Kimmich. Mit Sicherheit gibt es andere junge Männer, die ebenfalls impfskeptisch sind und die sich jetzt mit Kimmich solidarisieren, weil sie sich mitstigmatisiert fühlen. Es wäre besser, klarzumachen, dass wir es hier mit irrationalen Ängsten zu tun haben. Viele Millionen Menschen weltweit sind mittlerweile geimpft, und die Impfstoffe haben sich als sehr sicher und risikoarm herausgestellt.

KELLER: Ungeimpfte sehen das anders. Viele inszenieren sich als Opfer und gehen teils aggressiv gegen Maskenträger oder Fernsehteams vor.

GRAUMANN: Wir sind tatsächlich mit der gesellschaftlichen Spaltung konfrontiert, vor der ich bereits zu Jahresbeginn gewarnt hatte, als die Medien diese unsägliche Debatte über Impfpri-

vilegien führten – zu einem Zeitpunkt, als nur ein ganz kleiner Teil der Bevölkerung überhaupt schon ein Impfangebot hatte. Da fühlten sich viele unter Druck gesetzt und ungerecht behandelt. Ich habe andererseits aber auch großes Verständnis für diejenigen, die jetzt wütend sind, weil sie als Geimpfte ihren Beitrag geleistet haben, um die Pandemie beherrschbar zu machen, und die nun miterleben müssen, wie sich die Intensivstationen füllen, Pflegekräfte Überstunden schieben und Operationen verschoben werden, weil das Gesundheitssystem mit – überwiegend ungeimpften – Covid-Patienten ausgelastet ist.

KELLER: In Spanien, Portugal oder auch Italien ist die Impfquote höher als bei uns. Was machen die anderen besser?

GRAUMANN: In Italien beispielsweise ist es so, dass alle Krankenversicherten einen Brief bekommen haben mit einem Termin, wann sie sich bitte zur Impfung einzufinden haben. Das heißt: Das Gesundheitssystem ist auf die Menschen zugegan-

gen und hat sie zur Impfung eingeladen. Das hat es bei uns nur in einigen Großstädten und auch nur für ältere Personen gegeben. Ansonsten war es in Deutschland so, dass man sich den Impftermin selbst organisieren musste, zum Beispiel beim

Impfzentrum, was schwierig war, weil man ständig nur den Anrufbeantworter dran hatte. Für viele Menschen war es auch eine Überforderung, sich digital einen Termin zu beschaffen, und dann waren auch noch die Hausärzte überlastet. Das alles sind Hürden, die es nicht braucht.

KELLER: Leider kommt es derzeit schon wieder zu Engpässen, viele wollen jetzt die erste, zweite oder dritte Impfung und stehen stundenlang in der Schlange. Manche müssen sogar unverrichteter Dinge wieder nach Hause ...

GRAUMANN: Es war ein großer Fehler, die Impfzentren zu schließen, da ist Infrastruktur abgebaut worden, die wir heute dringend brauchen. Wir haben derzeit zwar genug Impfstoffe, aber nicht genügend Impfkapazitäten. Das hätte nicht passieren dürfen, und dafür ist die Politik verantwortlich, dafür sind nicht die einzelnen Menschen verantwortlich. Dass wir nach eineinhalb Jahren Pandemie in einer solchen Situation sind, ist ein Ausdruck von politischem Versagen. Wir müssen jetzt unbedingt die nötige Infrastruktur aufbauen. Erst wenn es nicht mehr schwer ist, einen Impftermin zu erhalten, ist eine allgemeine Impfpflicht sinnvoll. Allerdings muss man sie dann auch durchsetzen. Zwar muss niemand fürchten, dass dann Impfteams anrücken und zwangsweise Spritzen setzen. Aber Strafzahlungen und der Ausschluss aus Bereichen des öffentlichen Lebens sind denkbar.

»Wir haben derzeit zwar genug Impfstoffe, aber nicht genügend Impfkapazitäten. Das hätte nicht passieren dürfen.«

Empfehlung in Arbeit

Der Deutsche Ethikrat wird laut Medienberichten bis Ende 2021 eine Empfehlung zur Frage einer allgemeinen Impfpflicht erarbeiten. Die Vorsitzende Alena Buyx schließt diese inzwischen nicht mehr grundsätzlich aus. Bislang sei der Ethikrat in diesem Punkt sehr zurückhaltend gewesen, so Medizinethikerin Buyx im *ZDF-Morgenmagazin*. Aber man dürfe nicht so tun, als hätte sich die Situation nicht geändert. 2019 hatte der Ethikrat in seiner Veröffentlichung *Impfen als Pflicht?* festgestellt, es sei keine reine Privatangelegenheit, sondern eine moralische Pflicht, sich selbst und die eigenen Kinder gegen hoch ansteckende Infektionskrankheiten impfen zu lassen. Aus dem Bestehen dieser moralischen Pflicht folge allerdings nicht unmittelbar, dass auch die Einführung einer gesetzlichen Impfpflicht gerechtfertigt wäre. Inzwischen schließen mehrere Ethikrat-Mitglieder eine allgemeine Impfpflicht nicht mehr aus. So sagte der katholische Theologe Andreas Lob-Hüdepohl in der *rbb-Sendung »Brandenburg aktuell«*, mit reiner Aufklärung und moralischen Impfaufrufen komme man bedauerlicherweise nicht weiter. Für die Rechtswissenschaftlerin Frauke Rostalski lässt sich allerdings eine Impfpflicht für diejenigen, die kein erhöhtes Risiko aufweisen, mit Covid-19 auf der Intensivstation zu landen, generell nicht rechtfertigen. Es stelle sich zudem die Frage, ob der deutsche Staat wirklich schon alle Instrumente in die Hand genommen habe, bevor er zur Impfpflicht greife, so Rostalski im *Kölnner Stadt-Anzeiger*. Auch der Verfassungsrechtler Steffen Augsberg forderte im *WDR 5-Morgenecho*, andere Maßnahmen genau zu prüfen. Bei einer Impfpflicht und dem damit verbundenen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit müsse die Verhältnismäßigkeit gewahrt werden.